integrationsrat
der stadt oberhausen



Sachstand „Fahnhorststraße“

20. Sitzung des Integrationsrates der Stadt Oberhausen

18. Juni 2013

Ratssaal



Sachstand „Fahnhorststraße“

Berichterstattung in der örtlichen Presse

WAZ vom 13. April 2013

Moscheebau startet im Sommer

Bosnisch-Islamische Kulturgemeinschaft gestaltet eine ehemalige Bäckerei um. Detailliert informiert sie dazu bei einem ersten Treffen mit anderen Gemeinden.

Sie haben sich viel Mühe für diesen ersten Termin gegeben. Eine lange Kuchentafel haben die Gemeindemitglieder gedeckt, Stadtdechant Peter Fabritz eingeladen, dazu Vertreter der Stadt, der evangelische Kirche und der Osterfelder Bürger und vor ihnen eine Leinwand aufgebaut. Willkommen steht dort - in deutscher, englischer und bosnischer Sprache.

„Wir sind eine offene Gemeinde und wir wollen transparent über unser Bauvorhaben berichten“, sagt Samir Bjelić vom Verein Bosnisch-Islamischen Kulturgemeinschaft Oberhausen. Es ist jene liberale muslimische Gemeinschaft, der an der Fahnhorststraße in Osterfeld-Heide eine neue Moschee errichten will. Noch im Sommer soll der Bau beginnen.

Verständnis für Unsicherheiten

Das Vorhaben hatte im Stadtteil für Wirbel gesorgt. Anwohner hatten kritisiert, in die Pläne der Kulturgemeinschaft nicht eingebunden worden zu sein. Sorgen etwa über möglichen Lärm und Parkplatzprobleme an der Straße mit bereits zwei Moscheen wurden laut„ Unsere Feste sind leise, wir feiern zum Beispiel viele Kindergeburtstage“, sagt dazu sofort Izabela Delalic, Frauenbeauftragte in der Gemeinde. Sie habe Verständnis, dass Leute ängstlich seien, wenn sie etwas nicht kennen. „Deshalb wollen wir uns offen austauschen, um Fragen zu beantworten. “Das Treffen an diesem Abend ist für die liberale Gemeinde, die sich 1994 bereits an der Fahnhorststraße gegründet hatte zog und 2001 in ein erworbenes Gebäude an die Mathildestraße zog, ein erster Schritt. Sie führen durch ihre Moschee. Beengt ist es: Eine Bibliothek auf 17 Quadratmeter ist gleichzeitig Klassenraum, ein Gebetsraum – für Männer und Frauen – ist auch Seminarraum.

„Wir wollten dieses Gebäude eigentlich ausbauen, aber das geht baurechtlich nicht“, sagt Jasmin Abazović, erster Vorsitzender. 150 Quadratmeter ist das jetzige Gebäude groß – der geplante Neubau in Osterfeld wird rund 450 Quadratmeter umfassen. Auf Blaupausen zeigen die Vereinsmitglieder, wie sie das 2012 erworbene Osterfelder Grundstück einer ehemaligen Bäckerei umgestalten wollen. Deutlich kleiner als die ersten Entwürfe wird die Moschee nun sein, errichtet wird sie komplett aus Vereinsmitteln und in erheblicher Eigenleistung, ohne staatliche Mittel. Das bestehende Wohnhaus wird unter anderem als Bibliothek und Cafeteria genutzt und im oberen Geschoss wird Imam Duran Pintol wohnen, der einzige der rund 300 Mitglieder der Gemeinschaft, der hauptamtlich beschäftigt wird. Rechts neben dem Wohnhaus wird das Gebäude zum Teil abgerissen und Platz geschaffen für große Gebets- und Seminarräume. Von der Straßenfront werden Passanten weiße runde Kuppeln sehen, geplant ist auch ein Minarett. Sieben Stellplätze sind im Hinterhof geplant. Baurechtlich, so versichert Immobilienentwickler Peer Timm, sei alles mit der Stadt abgeklopft. Wir werden nicht erst abreißen und dann mit dem Neubau abwarten.“ Am Stadtteilleben teilnehmen. Die Bosnisch-Islamischen Kulturgemeinschaft Oberhausen bezeichnet sich als liberale Gemeinde. Sie ist eine von rund 60 bosnischen Gemeinschaften in Deutschland, Mitglied in der Islamische Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland und darüber im Zentralrat der Muslime in Deutschland. Aus der Oberhausener Gemeinde hat sich unter anderem eine Hilfsorganisation, ein Fußballverein und eine Sprachschule entwickelt. Rund 90 Prozent der 300 Vereinsmitglieder kommen aus Oberhausen, es sind Unternehmer, Handwerker, Hauseigentümer. „Wir sind stark in der Stadt verwurzelt“, sagt Samir Bjelić.2001 zog der an der Fahnhorststraße gegründete Verein zu einem erworbenen Grundstück in Sterkrade. Das dortige Gebäude wurde in Eigenleistung zur Moschee hergerichtet, in der die Gemeinschaft Tage der offenen Tür oder auch Schulklassenführungen anbietet. „Wir wollen auch in Osterfeld am Stadtteilleben teilnehmen“, sagt Bjelić. Patenschaftsprojekte sind geplant, die Teilnahme an Gemeindefesten von Protestanten und Katholiken bereits verabredet.



Sachstand „Fahnhorststraße“

Berichterstattung in der örtlichen Presse

WAZ vom 10. Mai 2013

CDU-Kritik an „Moschee-Meile“ in Oberhausen

Die CDU wirft der Oberhausener Stadtverwaltung Fehler bei der Ansiedlung von Moscheen vor. Immer mehr Vereine bauten ihre Gebetsstätten in billigen Hinterhöfen und alten Gewerbehallen - oft in direkter Nachbarschaft zueinander. Die Stadt greife nicht regulierend ein, kritisiert CDU-Fraktionschef Daniel Schranz.

„Intransparent, unkoordiniert und unbedacht“ – die CDU wirft der von SPD und Grünen geführten Stadtverwaltung erhebliche Fehler bei der Ansiedlung von Moscheen vor. Die Stadt versäume es, bei der Grundstückssuche von muslimischen Vereinen für die Errichtung von Gebetsstätten regulierend einzugreifen, kritisiert die Fraktion. Deshalb bauten immer mehr Vereine ihre Moscheen in billigen Hinterhöfen und in alten Gewerbehallen – oft geballt und in direkter Nachbarschaft zueinander. „Das befördert Ängste in der Bevölkerung“, warnt CDU-Fraktionschef Daniel Schranz.

Als konkretes Beispiel nennt er die Fahnhorststraße in Osterfeld, wo nach Ansicht der Opposition die Weichen bereits irreparabel falsch gestellt worden seien. Im Stadtteil hat die Straße bereits den Ruf einer „Moschee-Meile“; zusätzlich zu den drei bestehenden Moscheen plant dort auch noch ein bosnischer Verein eine ehemalige Bäckerei zum Gebetshaus umzubauen. Es wird die erste Moschee in Oberhausen mit einem 14 Meter hohen Minarett-Turm sein. Der Bau der Moschee soll schon im Sommer 2013 beginnen.

Gerüchten zufolge bleibt es dabei nicht: Für eine nur wenige Hundert Meter entfernte ehemalige Lidl-Supermarktfiliale soll ebenfalls die Anfrage zum Moschee-Umbau vorliegen. „Wir sind nicht gegen den Bau von Moscheen, aber wir müssen weg von dieser Ballung“, sagte Daniel Schranz während der CDU-Fraktionsklausurtagung in Berlin.

Statt im Hinterhof sollen Moscheen in Oberhausen nach CDU-Ansicht präsent etwa an Hauptverkehrsstraßen im Stadtgebiet gebaut werden. „Nur wer sichtbar ist, gehört auch dazu“, sagte Hans Tscharke, CDU-Stadtverordneter und Sprecher im Integrationsrat. Das Rathaus müsse geeignete Grundstücke ausloten und vermitteln. Zentral sieht die CDU die Bauverwaltung, das Büro für Chancengleichheit und das geplante Büro für Integration in der Verantwortung. „Da ist die Verwaltung in der Bringschuld“, sagt Tscharke.

Von den Muslimen fordern die Christdemokraten, offen über ihre Pläne zu informieren. Genau dies war an der Fahnhorststraße nicht geschehen: Viele Anwohner erfuhren durch die WAZ vom Moscheebau.

integrationsrat
der stadt oberhausen

Sachstand „Fahnhorststraße“

Berichterstattung in der örtlichen Presse

Samstag, 18. Mai 2013

Für eine offene Begegnung

CDU: Moscheen gehören nicht in die Hinterhöfe

VON JÖRG VORHOLT

OB. „Wer sichtbar ist, der gehört auch dazu!“ Die Oberhausener CDU sprach sich im Rahmen ihrer Klausurtagung ausdrücklich für eine offene und moderne Architektur beim Bau von Moscheen aus. Auch gegen ein Minarett gibt es keine Vorbehalte: „So wie ich für Kirchtürme von christlichen Kirchen in der Türkei bin, so gehört auch ein Minarett zu einer Moschee in Deutschland“, so der Fraktionsvorsitzende Daniel Schranz. Wenn Muslime hier eine Moschee planen, so zeige dies, dass sie sich in Oberhausen verwurzeln, so die Einschätzung von Schranz.

Die CDU kritisiert indes, dass die türkischen Vereine, die eine Moschee planen, von Seiten der sozialdemokratisch dominierten Stadtverwaltung keine planerische Begleitung erfahren. Wildwuchs wie jetzt an der Fahnhorststraße sei die Folge, eine sehr unangenehme. Denn: Moscheen auf den Hinterhöfen stören die Integration immens, so die Einschätzung der CDU. Und zusätzlich auch das Sicherheitsgefühl.



„Die Verwaltung muss mit den Wünschen und Anliegen der muslimischen Gemeinden offensiv umgehen.“
Hans Tscharke

„So, wie das abläuft, wird es unseren Vorstellungen nicht gerecht. Der Islam muss sich zeigen können und dazu bedarf es einer neuen Planungskultur“, so Hans Tscharke, Sprecher der CDU im Integrationsrat. „Wir wollen eine offene Religionsausübung in unserer Stadt fördern.“ Umgekehrt erwarte die CDU ihrerseits von den muslimischen Gemeinden, die Öffentlichkeit rechtzeitig in ihre Planungen einzubeziehen.

Wochenanzeiger vom 18. Mai 2013

integrationsrat
der stadt oberhausen

Sachstand „Fahnhorststraße“

Berichterstattung in der örtlichen Presse



Gemeindemitglied Oguzkan Özbay (l.) führt Hermann-Josef Schepers (CDU), Uwe und Gudrun Bullerdiek durch den Gebetsraum für Männer. FOTO: KERSTIN BÖGEHOLZ

Türkische Gemeinde wehrt sich

Osterfelder VIKZ lud erstmals zum Tag der offenen Tür an der Fahnhorststraße. Mitglieder reagieren auf CDU-Vorwurf: Keine Hinterhof-Moschee

Von Maxi Overfeld

Gespannt betreten sie den Raum, recken die Köpfe und staunen über die handbemalten Decken in den Gebetsräumen des Verbandes der Islamischen Kulturzentren (VIKZ). Gudrun und Uwe Bullerdiek besuchten den ersten Tag der offenen Tür des Osterfelder Vereins für Bildung und Integration.

Heftig kritisiert hatte die CDU-Ratsfraktion, dass immer mehr Moscheen in Osterfelder Hinterhöfen und ehemaligen Gewerbehallen eingerichtet werden. Stattdessen sollten sie nach Meinung der Oppositionspartei sichtbarer etwa an Hauptstraßen entstehen. Anlass zu der Kritik gab der Plan einer bosnischen Gemeinde, eine ehemalige Bäckerei zur dann vierten Moschee an der Fahnhorststraße umzubauen.

Nun meldete sich die türkische VIKZ-Gemeinde zu Wort; sie lud erstmals Politiker und Anwohner zum Rundgang übers Grundstück an der Fahnhorststraße 39 ein.

Ehepaar Gudrun und Uwe Bullerdiek kamen zu Besuch. FOTO: KERSTIN BÖGEHOLZ

Mit den Führungen durch das ehemalige Fabrik-Gebäude wollte die Gemeinde die geforderte Transparenz aufbringen. Doch nur wenige Anwohner und Vertreter aus der Politik fanden am Pfingstwochenende den Weg aufs Moscheegelände. „Wer sich in der Lage sieht etwas zu fordern, muss auch die Größe haben etwas beizutragen“, kritisierte Recep Kocaoglu vom als eher verschlossen geltenden VIKZ.

Viele Glaubensgemeinschaften

Über die Vorwürfe, die Fahnhorststraße habe den Ruf einer Moschee-Meile, ärgert sich Kocaoglu. „Es werden Probleme gemacht, wo eigentlich gar keine sind.“ Christliche Gotteshäuser sowie Zentren anderer Gemeinden gebe es auch in kleineren Räumen. „Genauso wie in anderen Gemeinschaften unterstützen wir uns gegenseitig.“

Bei einem „Runden Tisch“ informiere die Gemeinde Vertreter aus Verwaltung, Politik, Kirche und Nachbarschaft bereits seit neun Jahren über die Entwicklungen auf der Straße. „Wir planen zudem eine offene Podiumsdiskussion.“ Dabei sollen Fragen beantwortet und Befürchtungen ausgeräumt werden.

Das Ehepaar Bullerdiek, das eine Führung durch das Bildungszentrum mitmachte, versteht die Aufregung um die Fahnhorststraße nicht. „Wir begrüßen so eine Entwicklung, schließlich gibt es viele verschiedene Gemeinden hier in Oberhausen, die friedlich auf einer Straße leben.“ Vom Rundgang ist das Ehepaar überrascht. „Dass es viel mehr um Bildung als um Religion geht, hätte ich nicht gedacht“, staunt Uwe Bullerdiek.

Zwei Gebetsräume im Erdgeschoss sind der Religion in dem vier Etagen hohen Gebäude gewidmet. „Uns geht es um Integration“, sagt Kocaoglu. Vor allem Kinder mit Migrationshintergrund würden Nachhilfe in Deutsch erhalten. Die Gemeinde plane eine Seniorenbetreuung und eine Art Frauenhaus. Junge Mädchen aus Familien mit stark islamischem Hintergrund sollen hier Hilfe finden.

Die Gemeinde finanziert sich selbst

Die türkische Gemeinde baut derzeit ein ehemaliges Fabrik-Gebäude zu einem Bildungszentrum um. In sechs bis acht Wochen steht die Baubnahme an.

Die Arbeiten im Inneren sind abgeschlossen, nun geht es im Außenbereich weiter. Den Umbau wie das Gemeindeleben finanziert der Verein selbst.

WAZ vom 21. Mai 2013



Anwohner fühlen sich alleingelassen

Heftige Diskussion um Moscheen in Osterfeld nach der Bezirksvertretungssitzung. Verwaltung: Kein Bauantrag, nichts Neues zu berichten. Bürger: „Der reinste Hohn“

Von Stephanie Weltmann

So schnell die Sitzung der Bezirksvertretung Osterfeld vorbei war, so sehr kochten die Emotionen vor den Türen der Versammlung hoch. Anwohner der Fahnhorststraße waren zur Sitzung gekommen, hitzig diskutierten sie über den Zustand ihres Viertels. Von der SPD-regierten Stadtspitze, sagen die Osterfelder, fühlten sie alleingelassen.

An der Fahnhorststraße gibt es auf wenigen Hundert Metern drei Moscheen, für eine vierte ist eine ehemalige Bäckerei kürzlich gekauft worden, eine weitere soll geplant sein, der Verwaltung liegt allerdings keine entsprechende Anfrage vor.

„Wir wollen eine offene Kultur. So geht das auf Dauer nicht gut“

Anwohner der Fahnhorststraße in Osterfeld-Heide

Die CDU hatte kritisiert, dass die Verwaltung bei der Genehmigung von Moscheen nur aufs Baurecht, nicht aber auf die Entwicklung eines Sozialquartiers achte. Statt Moscheen in Hinterhöfen gebündelt an einem Ort zu genehmigen, sollten islamische Gotteshäuser, nach Meinung der CDU-Ratsfraktion, an der Hauptstraße errichtet und präsent in den Stadtteil eingebunden sein. Die Verwaltung müsse muslimische Vereine bei der Suche nach einem geeigneten Grundstück unterstützen, so die Forderung der Opposition – und Bürger stärker einbeziehen.

Sitzung war kurz gehalten

Die Bezirksvertretungssitzung am Dienstag war jedoch kein günstiger Zeitpunkt für den CDU-Antrag zum Sachstand der Moschee im ehemaligen Bäckerei-Gebäude. Nach dem plötzlichen Tod des Bezirksbürgermeisters Karl-Heinz Pflugbeil (SPD) hatte sein Stellvertreter Eugen Paß (CDU) die Sitzung geleitet und erwartungsgemäß kurz gehalten. Trotz der ausgefallenen Sitzung im April waren die nur drei Punkte über Zuschüsse, Fällungen und Schulsanierungen schnell durch.

Die Anfrage der CDU-Fraktion beantwortete Andrea Baudek, stellvertretende Leiterin des städtischen Bereichs Stadtplanung, mit nur wenigen Worten. Es liege kein konkreter Bauantrag des bosnischen Vereins vor, damit habe die Verwaltung nichts zu berichten. Auch die Nachfrage des Osterfelder CDU-Fraktionssprechers Michael Helmrich, wie die Sorgen der Bürger wahrgenommen werden können, schob Baudek zur Seite: Sie sehe keine Handlungsmöglichkeiten der Verwaltung, vorab auf Bürger zuzugehen.

„Das ist der reinste Hohn“, ärgerte sich nach der Sitzung ein Anwohner. Von enormen Parkplatzproblemen sprechen die Nachbarn und von lauten Festen der Moscheegemeinden. Grundstückspreise würden sinken, das Viertel werde abgeschottet. Sie wollen nicht in die rechte Ecke abgeschoben werden, sagen die Bürger. Moscheen gehörten zum Stadtbild. „Aber nicht so konzentriert und nicht in Hinterhöfen. Wir wollen eine offene Kultur“, sagt einer. „So geht das auf Dauer nicht gut.“

Die Anwohner wollen sich nicht zufrieden geben. Bei einer der nächsten Gremiensitzungen wollen sie Rederecht beantragen.

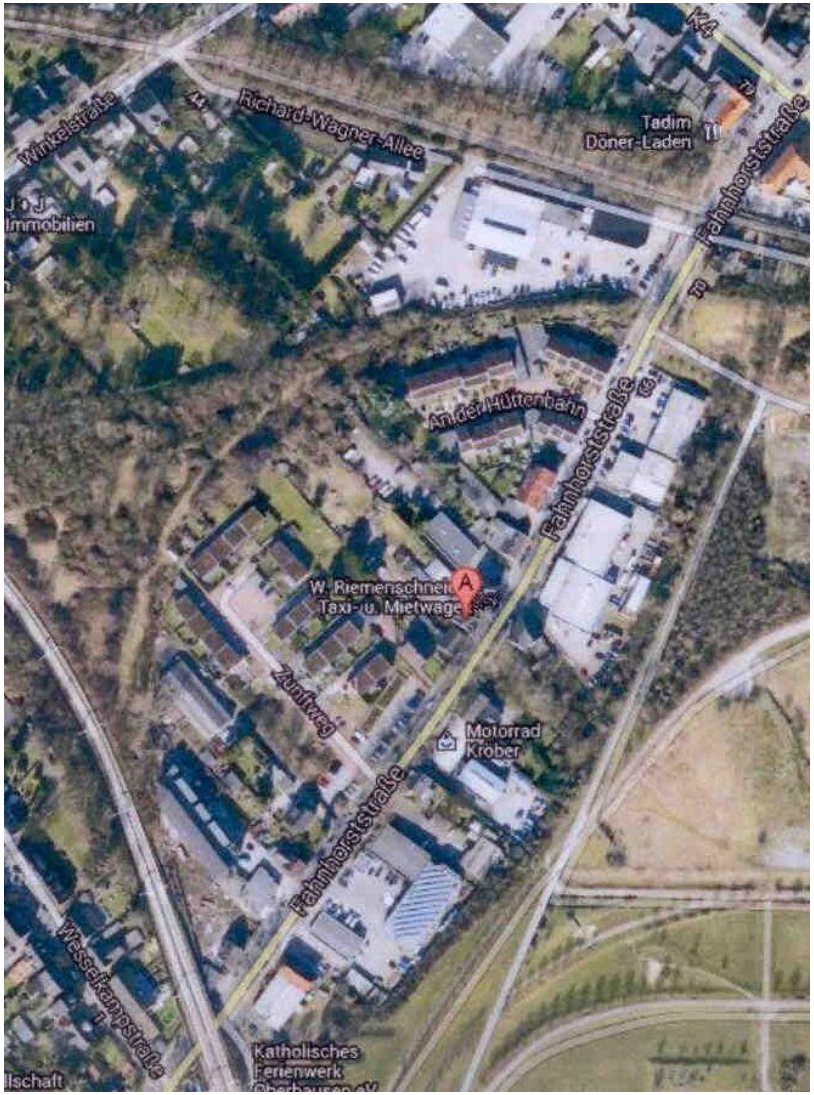
Die ehemalige Bäckerei an der Fahnhorststraße soll zu einer Moschee umgebaut werden. FOTO: KERSTIN BÖGEHOLZ

WAZ / NRZ vom 23. Mai 2013

integrationsrat
der stadt oberhausen



Sachstand „Fahnhorststraße“





Sachstand „Fahnhorststraße“

Bosnisch-Islamische Kulturgemeinschaft Oberhausen

Chronik

2012 Erwerb der Liegenschaft (ehemalige Bäckerei)
150 m²
geplanter Neubau 450 m² (bisher keine Bauvoranfrage bzw. Bauantrag)

Planung: Nutzung des bestehenden Wohnhauses als Bibliothek und Cafeteria, Dienstwohnung für den Imam, Gebets- und Seminarräume (im Anbau)

ca. 300 Mitglieder

Hilfsorganisation
Fußballverein
Sprachschule



Sachstand „Fahnhorststraße“

Glaubens- und Kulturzentrum e.V.

Chronik

09/2001 Bezug des Mietobjektes auf der Fahnhorststraße
Nutzfläche: ca. 190 m²
63 Mitglieder

regelmäßige Nachbarschaftsfeste
letztes Nachbarschaftsfest im Mai 2013

diverse Kinder- und Jugendangebote



Sachstand „Fahnhorststraße“

OVBI e.V. Osterfelder Verein für Bildung und Integration (VIKZ)

Chronik

04/2004 Erwerb der Liegenschaft
150 Mitglieder

08/2004 Bauvoranfrage: Konzept Schülerwohnheim mit Gebetsräumen

09/2004 Runder Tisch mit Verwaltung und Anwohnern

03/2005 Positiver Bescheid der Bauvoranfrage

04/2005 Runder Tisch mit Verwaltung, Politik und Anwohnern

Sommer 2005 Antrag auf Genehmigung

10/2005 Runder Tisch

02/2006 Runder Tisch mit Landesjugendamt zusätzlich Oliver Heck, GF Die Kurbel



Sachstand „Fahnhorststraße“

Chronik

04/2006	Runder Tisch
05/2006	Gespräch beim Jugendamt
2006	Integrationskurse im Haus mit SFS-Schulungsgesellschaft
10/2006	Runder Tisch mit Besuch im Schülerwohnheim DU-Hochfeld
03/2007	Runder Tisch (Vorstellung Konzept)
06/2007	Runder Tisch
11/2007	Runder Tisch
02/2008	Genehmigung Bauantrag
03/2008	Runder Tisch „Bauantrag“

➡ Anfang Umbaumaßnahme

integrationsrat
der stadt oberhausen



Sachstand „Fahnhorststraße“

Chronik

04/2009	Runder Tisch „Stand Umbau“
2010	Erwerb Nachbarhaus
09/2010	Runder Tisch „Stellplatzsituation auf Nachbargrundstück“
2011	Erwerb hinteres Grundstück vom Landschaftsverband
05/2012	Fachveranstaltung „Jobbörse“
05/2013	Tag der offenen Tür / Basar
	Vorbereitung des Antrages auf Teilnutzung (im Vorfeld noch Treffen „Runder Tisch“)